

## Steuerpläne bedrohen tausende Tagesmütter

**Abgaben- und Sozialversicherungspflicht sorgt für hohe Einkommenseinbußen - Ziel von 750 000 neuen Kinderbetreuungsplätzen in Gefahr**

Von Sabine Schmitt 20. Oktober 2008, 01:52 Uhr

Es ist Schlafenszeit im Maulwurf-Hügel. Zwei Jungs und zwei Mädchen kuscheln sich an Tagesmutter Sylvia Petri, die zum Abschluss des Vormittags noch eine Geschichte aus dem Bilderbuch vorliest. Dann fallen den Kindern die Augen zu. Denn an dem sonnigen Herbstmorgen haben sie reichlich die Bobbycars und Dreiräder durch den großen Garten bewegt.

Sylvia Petris "Tagespflege im Maulwurf-Hügel" liegt ruhig und idyllisch im Berliner Stadtteil Französisch Buchholz. In einem Gartenhaus hat die 54-Jährige ein eigenes Spielzimmer und Sanitäranlagen für ihre Tageskinder eingerichtet. Draußen gibt es einen Fuhrpark, der Kinderherzen höher schlagen lässt. "Eigentlich habe ich immer fünf Kinder betreut", sagt die Tagesmutter. Auch in diesem Jahr hatte sie zahlreiche Anfragen von Eltern, die sie jedoch abgelehnt hat. Wie viele Tagesmütter hat Petri weniger Kinder zur Betreuung angenommen, denn sie befürchtet, dass ihre Arbeit bald zum Zuschussgeschäft wird. "In der jetzigen Situation bin ich vorsichtig geworden, ich weiß ja nicht was kommt."

Mit der "jetzigen Situation" meint Sylvia Petri die "Neuregelung für Tagespflegepersonen" ab 2009. Dann sollen die rund 33 000 Tagesmütter, die bei den Kommunen angemeldet sind, ihre Einnahmen versteuern und werden zum größten Teil auch sozialversicherungspflichtig. Bislang freilich hängen die Tagesmütter völlig in der Luft. Auch fast zwei Monate, bevor die Neuregelung in Kraft treten soll, wissen die Tagesmütter nichts Genaues. Zwar hat der Bundestag das Kinderförderungsgesetz beschlossen, auf das die Neuregelung zurückgeht, doch die Entscheidung des Bundesrates steht noch aus. "Wir wissen einfach gar nichts", sagt Sylvia Petri. Einige ihrer Kolleginnen hätten inzwischen ganz aufgegeben, weil die Unsicherheit zu groß sei. Andere - wie Sylvia Petri - betreuen weniger Kinder, um ihre Einnahmen wegen Steuer und Sozialversicherungen zu deckeln.

Immerhin ändert sich für Tagesmütter, die bisher schon auf privater Basis gearbeitet haben, ab Januar nicht viel. Sie haben ohnehin einen privaten Vertrag mit den Eltern. Die Tagesmütter versteuern ihre Einnahmen und müssen sich wie andere Selbstständige auch selbst Kranken- und Rentenversichern. Sie allerdings können die Höhe ihrer Vergütung privat vereinbaren - und dies ist ein nicht ganz unwesentliches Detail.

Denn für die Tagesmütter der Kommunen ist der Betreuungssatz festgelegt, je nach Bundesland zwischen 2,50 und vier Euro pro Stunde und Kind, Betriebskosten inklusive. Für die Tagesmütter, die wie in Berlin, Brandenburg, Hamburg, Bremen und vielen anderen Kommunen über das Jugendamt finanziert werden, galt bislang jedoch eine Steuerbefreiung, weil ihr Einkommen als "Aufwandsentschädigung" gerechnet wird. Das soll sich ab Januar ändern: Das Einkommen wird nach Abzug der Betriebskostenpauschale steuerpflichtig. Vor allem für Großtagespflegestellen in der vier oder fünf Kinder betreut werden, wird sich die Besteuerung stark bemerkbar machen. Falls der Ehemann ebenfalls verdient, schlägt bei einer gemeinsamen steuerlichen Veranlagung der Fiskus ordentlich zu. "Es gibt Tagesmütter, die verlieren mit der Neuregelung 49 Prozent ihres Einkommens", rechnet der Geschäftsführer des Bundesverbandes für Kindertagespflege, Klaus-Dieter Zühlke, vor.

Da Tagesmütter freiberuflich tätig sind - gleichgültig ob sie private Verträge geschlossen haben oder über das Jugendamt bezahlt werden - gilt nach dem Willen der Bundesregierung die "Geldleistung als steuerpflichtige Einnahme". Dass die Verunsicherung bei den Tagesmüttern groß ist, ist im Bundesfamilienministerium bekannt. "Deshalb hat die Bundesregierung mit den Bundesländern ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das die Auswirkungen so verträglich regelt, dass keine Nachteile entstehen", heißt es im Ministerium. Einkommen müsse erst ab der Grundfreibetragsgrenze von 638,66 Euro im Monat versteuert werden, außerdem werde die Betriebskostenpauschale erhöht. Doch die Grundfreibetragsgrenze ist für viele Tagesmütter der Knackpunkt, weshalb sie weniger Kinder aufnehmen.

Auch Teilzeit-Tagesmütter rechnen mit Einbußen. Eine Tagesmutter, die mehr als 355 Euro monatlich verdient, muss sich ab Januar selbst Krankenversichern. Das Jugendamt steuert die Hälfte zu, aber es bleiben mindestens 60 Euro Eigenleistung. Bisher konnten sich zumindest verheiratete Tagesmütter diesen Beitrag sparen. Da sie kein steuerpflichtiges Einkommen hatten, konnten sie sich in der Krankenversicherung ihres Mannes kostenfrei mitversichern. Immerhin soll auch für Tagesmütter, die maximal fünf Kinder betreuen, nur der Mindestbeitragssatz für die Krankenversicherung erhoben werden.

Bitter wird es jedoch bei der Rentenversicherung. Hat eine Tagesmutter ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 400 Euro monatlich, ist sie künftig verpflichtet, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Auch hier schießt das Jugendamt den halben Beitrag zu. Die Krux an der Sache ist, dass Tagesmütter als selbstständig gelten und ihnen bisher ans Herz gelegt wurde, private Altersvorsorge zu betreiben, zu der das Jugendamt die halben Beiträge zuzahlte. Dies fällt mit dem neuen Gesetz weg, weil dann die Jugendämter automatisch den halben gesetzlichen Beitrag übernehmen, nicht aber mehr den privaten Beitrag. Die Tagesmutter bleibt auf den Kosten der privaten Verträge sitzen. "Viele können sich dann ihre Lebensversicherung oder den Riestervertrag einfach nicht mehr leisten", sagt Eveline Gerszonowicz von der Berliner Beratungsstelle Familien für Kinder GmbH. Ein weiterer Punkt: Viele Tagesmütter sind bereits über 50. Wenn sie jetzt erst beginnen, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, erwerben sie kaum noch Ansprüche. "Die können ihr Geld auch gleich aus dem Fenster werfen", sagt Petri. Es sind besonders diese ungeklärten Details, die viele Tagesmütter derzeit auf die Palme bringen. Ein Jahr wurde das Gesetz jetzt schon aufgeschoben, "aber klarer ist bisher nichts geworden", moniert Petri.

Dabei ist es erklärtes Ziel der Bundesregierung ein "vielfältiges Betreuungsangebot" zur Verfügung zu stellen. Vor allem um die Profilierung der Tagesmutter als Berufsbild geht es dabei und um die Qualität der Betreuung. "Wer Qualität in der Tagespflege will, muss sie auch leistungsgerecht bezahlen", sagt Zühlke. Auch das Gesetz sieht eine "leistungsgerechte"

Vergütung vor, ohne allerdings Zahlen zu nennen. Zühlke wird dabei ganz konkret: "Wir brauchen etwa 5,50 pro Betreuungsstunde und Kind, um die Einbußen auszugleichen."

Doch davon sind die Tagesmütter weit entfernt. Auch nach der geplanten Steigerung der Betriebskosten pauschale von 246 auf 300 Euro bleibt ab Januar unterm Strich für die Tagesmutter nicht viel übrig. "Es gibt da ganz klar ein Vorher und ein Nachher", sagt Eveline Gerszonowicz. "Denn die Höhe des Betreuungsgeldes vom Jugendamt ändert sich voraussichtlich nicht."

Für Tagesmutter Sylvia Petri nimmt sich dieses Nachher sehr deutlich aus. Sie betreut zurzeit vier Kinder, für die sie voraussichtlich ab Januar monatlich 523 Euro pro Kind bekommt. 300 Euro davon gelten als steuerfreie Betriebskostenpauschale für Essen, Miete, Strom, Heizung und kleinere Anschaffungen. Bleiben rund 900 Euro monatlich, von denen sie ihre Sozialversicherungen, bezahlen und die sie ab Januar 2009 versteuern muss. "Wenn ich noch ein Kind mehr nehme, muss ich noch mehr Steuern zahlen", lautet ihre einfache Rechnung. "Ich habe im Endeffekt auf jeden Fall wesentlich weniger im Portemonnaie." Und das bei einer Arbeitszeit von rund 50 Stunden pro Woche, denn neben der reinen Betreuungszeit kommen die Vorbereitungen wie Kochen oder aber Putzen hinzu.

Für Tagesmütter, die knapp über der magischen 400-Euro-Marke liegen, weil sie häufig nur halbtags Kinder betreuen, sieht die Bilanz sogar noch dramatischer aus. Bisher galt hier Brutto gleich Netto. Ab Januar fallen mindestens die Kosten für die Sozialversicherung an, die bei mehr als 100 Euro liegen. Übrig bleiben für diese Frauen in jedem Fall weniger als 300 Euro Verdienst. Noch deutlicher wird dies, wenn Zuschlagszahlungen für Nachtdienste, Wochenendbetreuung oder behinderte Kinder dazu kommen. Die Betriebskostenpauschale bleibt immer die gleiche. "Da kommt eine Tagesmutter schnell an die 400 Euro", sagt Eveline Gerszonowicz. Für Tagesmutter Sylvia Petri ist klar: "Kaum eine Tagesmutter wird in Zukunft noch Halbtagskinder nehmen oder Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand, das lohnt sich nicht mehr, wenn die Steuer dann voll zuschlägt."

Da wundert es nicht, dass viele Tagesmütter ihren Job an den Nagel hängen, statt sich über die Professionalisierung der Tagespflege und "Klarheit bei den finanziellen, steuerlichen und versicherungsrechtlichen Fragen", wie es im Bundesfamilienministerium heißt, zu freuen. Ein Drittel der 750 000 Kinderbetreuungsplätze, die bis 2013 für die unter Dreijährigen vorgehalten werden sollen, soll über die Kindertagespflege abgedeckt werden. Zu den bisher rund 33 000 Tagesmüttern müssten laut Bundesregierung weitere 30 000 hinzukommen. Doch für viele Interessentinnen sind die Verdienstmöglichkeiten mehr als abschreckend. "Die Länder müssen nachsteuern", sagt Gerszonowicz mit Blick auf die anstehende Bundesratsentscheidung.

Das als Meilenstein gefeierte Kinderförderungsgesetz der Bundesregierung droht zum Zankapfel zwischen Bund und Ländern zu werden. Besonders in den westlichen Bundesländern liegt die Kinderbetreuung für unter Dreijährige quasi brach. Nur für jedes zehnte Kind gab es dort 2007 einen Betreuungsplatz in der Krippe oder bei einer Tagesmutter. "Wir haben in einem rekordverdächtigen Tempo den Grundstein für den Ausbau der Kinderbetreuung gelegt", sagte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen nach dem Bundestagsbeschluss in diesem Sommer.

Doch bei dem großen Tempo sind offenbar einige Dinge auf der Strecke geblieben. "Wir begrüßen die neue Gesetzgebung sehr, es ist der richtige Weg", betont denn auch Tagesmütter-Bundesverbandsgeschäftsführer Zühlke. "Aber wir erwarten eine

leistungsgerechte Bezahlung." In dieser Beziehung allerdings ist das Tempo nicht ganz so rasant. 4,20 Euro hätten die Länder bisher als leistungsgerecht vorgeschlagen, sagt Verbandschef Zühlke. "Aber das ist doch kein Leistungsanreiz." Damit werde es schon schwierig, die Tagesmütter zu halten, die bereits Kinder betreuen. "Aber anwerben kann man damit niemanden."

Woher also sollen die benötigten 30 000 Tagespflegepersonen, wie sie im schönen Amtsdeutsch heißen, kommen? Mehr als zwei Millionen Kinder unter drei Jahren lebten 2007 in Deutschland. 15,5 Prozent von ihnen hatten einen Betreuungsplatz - in den neuen Bundesländern immerhin mehr als 40 Prozent der Kinder, in den alten Ländern noch nicht einmal jedes Zehnte. "Der Bedarf ist ganz eindeutig da", sagt Zühlke. "Aber der Ausbau kommt nicht hinterher." Unverständlich für ihn, denn seiner Rechnung zufolge ist für die Kommunen ein Tagespflegeplatz weitaus günstiger als ein klassischer Krippenplatz für ein Kind. "Ein Tagespflegeplatz kostet bei maximaler Betreuungszeit rund 860 Euro pro Monat", betont Zühlke. Ein Krippenplatz hingegen schlage mit 1000 bis 1500 Euro zu Buche.

Doch die Anreize für Tagesmütter fehlen. Schon jetzt machen viele Frauen den Betreuungsjob aus der Not heraus, weil sie nach der Geburt der eigenen Kinder nicht in ihren alten Beruf zurückkehren können oder weil sie arbeitslos geworden sind und so einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten können. Gerade deshalb sei es wichtig, das Image von Tagesmüttern zu stärken. "Eine Professionalisierung ist der richtige Weg", ist Zühlke überzeugt. Wer jedoch eine Professionalisierung der Kinderbetreuung wolle und auch die entsprechende Qualität, müsse tiefer in die Tasche greifen. "Dann kann man auch die entsprechende Betreuungsqualität einfordern", sagt der Verbandsgeschäftsführer.

Es ist der gute Ansatz des Gesetzes, den sich auch Eveline Gerszonowicz bei der Beratungs- und Qualifizierungsstelle täglich vor Augen halten muss. "Die Kindertagespflege wird aufgewertet", sagt sie. "Das alles ist grundsätzlich begrüßenswert." Gefolgt von einem großen Aber. Denn sie führt täglich Gespräche mit Tagesmüttern, die nicht wissen wie es ab Januar weitergehen wird, die nicht wissen, ob und wie sie weitermachen können, weil die Einbußen groß sein werden. "Es wird eine Herausforderung, die entsprechenden Kräfte zu bekommen", ist auch sie überzeugt. "Die Finanzierung muss auf völlig neue Füße gestellt werden", fordert sie. "In den Ländern gibt es dazu auch schon einige Ideen."

Doch bis es zur Umsetzung kommt, könnten viele Tagesmütter bereits das Handtuch geworfen haben, weil sie die Unsicherheit nicht ausgehalten haben. Sylvia Petri und ihre Kolleginnen gehen nun auf die Straße - für ihren Beruf und für ihre Bezahlung. Vergangene Woche standen sie vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. "Uns stinkt's" lautete die Parole - und damit waren nicht die Windeln ihrer Kleinkinder gemeint.